

Die Grenzen der Konfliktprävention – der Fall Kosovo

Martin Prochazka

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Ende des Kalten Kriegs wurde in Europa eine ganze Reihe neuer Institutionen geschaffen, die im Rahmen einer umfassenden Sicherheitsarchitektur dabei helfen sollten, militärische Auseinandersetzungen zu verhindern und Konflikte zwischen ihren Mitgliedsstaaten auf friedlichem Wege zu lösen.

Die blutigen Kriege, die den Zerfall Jugoslawiens von 1991 bis 1999 begleiteten, führten der internationalen Staatengemeinschaft auf drastische Weise die Grenzen dieses Systems vor Augen. Während beispielsweise die OSZE durch diplomatische Vermittlung, vertrauensbildende Maßnahmen und den Einsatz von Beobachtungsmissionen vor Ort bereits große Erfolge vorweisen konnte, sind Konfliktvermeidungsstrategien dennoch auf den guten Willen und die Kooperationsbereitschaft beider Seiten angewiesen. Ein wesentlicher Grund für das Scheitern der diplomatischen Bemühungen im ehemaligen Jugoslawien und insbesondere im Kosovokonflikt ist darin zu suchen, dass die Konfliktparteien und insbesondere das Milošević-Regime in Belgrad die jeweiligen Auseinandersetzungen instrumentalisierten, um die eigene Machtposition abzusichern. Bei gesellschaftlichen Konflikten, die auch eine ethnisch-nationalistische Dimension besitzen, tritt im Fall einer Eskalation häufig ein Phänomen auf, das in der Gewaltanthropologie auch als *ethnic switch* bezeichnet wird. Dabei entsteht selbst in Gesellschaften, in denen verschiedene Volksgruppen Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte friedlich miteinander gelebt haben, innerhalb kurzer Zeit eine tiefe Polarisierung anhand ethnischer Grenzen. Soziale Konflikte und ökonomische Verteilungskämpfe innerhalb einer Ethnie treten in dieser Situation völlig in den Hintergrund und selbst banal anmutende Konflikte des Alltags werden anhand nationaler Trennungslinien interpretiert. In dieser Situation tendieren die betroffenen Volksgruppen dazu, sich im Moment einer

angenommenen oder tatsächlichen äußeren Bedrohung hinter eine starke Führungspersönlichkeit zu scharen, wobei gemäßigte politische Kräfte marginalisiert werden.

Der Fall Jugoslawiens zeigte geradezu exemplarisch, wie politische Eliten in allen beteiligten Volksgruppen dieses Phänomen nutzten bzw. absichtlich Konflikte schürten, um die Macht zu ergreifen oder ihre bereits bestehende Machtposition einzuzementieren. Dieser Beitrag konzentriert sich auf die politischen Entwicklungen in Serbien unter Slobodan Milošević und die Bedeutung nationalistischer Agitation für den Machterhalt der damaligen Elite. Gleichzeitig möchte ich aber vorausschicken, dass der Fokus auf die Vorgänge in Serbien keinesfalls bedeutet, die serbische Seite hätte die alleinige Schuld an den Ereignissen im Jugoslawien der neunziger Jahre getragen. Vielmehr geht es um eine exemplarische Darstellung, wie eine derartige Instrumentalisierung von Konflikten und Gewalt funktioniert und welche Konsequenzen sich daraus für diplomatische Akteure ergeben, die dennoch an einer friedlichen Lösung interessiert sind.

Die Systemkrise Jugoslawiens Mitte der achtziger Jahre

Das jugoslawische System steckte Mitte der achtziger Jahre in einer tiefen Krise. Mit dem Tod Titos hatte der Bund der Kommunisten Jugoslawiens seine Symbolfigur verloren. Die Wirtschaft des Landes befand sich auf Talfahrt, was unweigerlich zu Verteilungskämpfen um die immer knapper werdenden Ressourcen führte. In diese mischten sich wiederum immer stärkere nationale Untertöne. In fast allen Teilrepubliken entstanden neben der offiziellen Doktrin von *bratstvo i jedinstvo* – „Brüderlichkeit und Einheit“ – parallele Narrative, die die eigene Volksgruppe zur eigentlichen Verliererin des bisherigen Systems hochstilisierten und nach „Gerechtigkeit“ riefen. Auf slowenischer Seite wurde mit der höheren Wirtschaftsleistung der eigenen Republik argumentiert, um deren Früchte man durch die Zentralregierung in Belgrad gebracht würde, die damit wiederum die ärmeren Regionen des Gesamtstaats finanziere. Ähnliche Klagen kamen aus Kroatien in Zusammenhang mit den

Deviseneinnahmen aus dem Tourismussektor. In Serbien dagegen begann schon wenige Monate nach Titos Tod die Serbisch-Orthodoxe Kirche in einer ganzen Reihe von Artikeln in ihrer offiziellen Zeitung *Pravoslavje*, den angeblichen „Völkermord“ an den Kosovo-Serben durch die dortige albanische Mehrheitsbevölkerung zu geißeln. Auch unter zahlreichen Schriftstellern und Intellektuellen der Republik wurde der Diskurs immer nationalistischer. Die Serben, so die These, hätten für den Gesamtstaat weit mehr Opfer gebracht als die anderen Völker Jugoslawiens. Man habe die Eigenstaatlichkeit und den König aufgegeben, aus vormaligen serbischen Gebieten war erst die Teilrepublik Mazedonien geschaffen worden. Zudem hätte die Verfassung von 1974 durch die Errichtung der autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina die serbische Nation vorsätzlich gespalten und geschwächt. Das Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste (SANU) aus dem Jahr 1986 war zwar nicht, wie seither immer wieder behauptet, eine nationalistische Hetzschrift – der Großteil des Papiers behandelt in technokratischer Manier Probleme des wirtschaftlichen Systems. Es gab aber genau diesen Thesen eine breitere Öffentlichkeit und untermauerte sie mit dem Prestige der altherwürdigen Institution.

Der Slogan *I posle Tita sa Titom* – „Auch nach Tito mit Tito“ zeigte die Hilflosigkeit des Apparats gegenüber den neuen Herausforderungen, mit denen sich das jugoslawische System Mitte der achtziger Jahre konfrontiert sah. Der Partei war die Initiative entglitten. Technokraten wie der ab 1989 als Ministerpräsident amtierende Ante Marković versuchten, durch Reformen die Wirtschaft des Landes wieder auf Kurs zu bringen. Ihr Pragmatismus vermochte jedoch nicht, die Massen für ihren politischen Weg zu mobilisieren und die komplexe Materie der ökonomischen Probleme war der breiten Öffentlichkeit kaum zu vermitteln. Mit anderen Worten: Die wenig charismatische Parteiführung hatte weder das nötige Personal noch eine leicht verständliche, „massentaugliche“ Botschaft und schaffte es somit nicht mehr, in den Menschen den Glauben an eine bessere Zukunft zu wecken.

Klare Botschaften und Feindbilder – der Aufstieg Miloševićs

Genau diese Situation benutzte der bis dahin eher farblose Milošević, um aus der zweiten Reihe der Partei die politische Macht in Serbien zu übernehmen. Sein Aufstieg begann 1987, als er die Agenda der Nationalisten zu seiner eigenen machte. Mit seiner politischen Rhetorik vermochte er auf äußerst geschickte Weise, verschiedenste Gruppen der serbischen Gesellschaft anzusprechen. National orientierten Kreisen versprach er, durch die Aufhebung der Autonomie des Kosovo und der Vojvodina das serbische Volk wieder zu einen und zu dessen früherer Stärke zurück zu führen. Viele jüngere Serben sahen in dem jungen, dynamischen Milošević – der noch dazu über viele Jahre hinweg als Bankier in den USA tätig gewesen war – einen neuen Politikertypus, der sich angenehm von den alten Apparatschiks der bisherigen Führung abhob. Doch auch für Menschen, die sich noch mit dem Sozialismus identifizierten – darunter überdurchschnittlich viele Arbeiter, Angestellte, Bauern und Pensionisten – besaß Milošević Ausstrahlungskraft, da er verkündete, das bisherige System nur an die neuen Gegebenheiten anpassen, keinesfalls jedoch abschaffen zu wollen.

Unter dem Druck organisierter Massendemonstrationen – in den bereits von Milošević kontrollierten staatlichen Medien „antibürokratische Revolution“ genannt – trat die serbische KP-Führung am 23. September 1987 zurück und Milošević setzte sich an die Spitze der Partei. In Montenegro und der Vojvodina wurde ein Jahr später ähnlich verfahren, um Gefolgsleute des neuen starken Mannes in Serbien an die Macht zu bringen. Polizei- und Armee-Einheiten wurden in das Kosovo verlegt, wo das Provinzparlament am 23. März 1989 gezwungen wurde, sich de facto selbst aufzulösen. Damit hatte Milošević sein Versprechen den Nationalisten gegenüber eingelöst und Serbien wieder „geeint“. In den anderen Teilrepubliken Jugoslawiens verstärkte das Gebaren Belgrads die bereits ohnehin starken zentrifugalen Kräfte. Hinter der abstrakten Formel von der Einigung Serbiens standen nämlich auch handfeste Machtinteressen. Jede jugoslawische Teilrepublik war im kollektiven Staatspräsidium mit zwei Repräsentanten vertreten, die autonomen Regionen

Kosovo und Vojvodina verfügten über jeweils einen. Die Verfassung von 1974 war unter anderem auch darauf ausgerichtet gewesen, den serbischen Einfluss in Jugoslawien nicht zu groß werden zu lassen: Das Kosovo und die Vojvodina waren zwar Teile Serbiens, konnten im Staatspräsidium jedoch gegen die Vertreter der Republik Serbien stimmen, wovon beide auch durchaus Gebrauch gemacht hatten. Durch die Machtverschiebungen im Zuge der „antibürokratischen Revolution“ sowie der Gleichschaltung Montenegros und der autonomen Provinzen war im jugoslawischen Staatspräsidium ein starker proserbischer Block unter der Kontrolle Miloševićs entstanden. Belgrad war nur mehr auf die Unterstützung Mazedoniens angewiesen, um Slowenien, Kroatien sowie Bosnien und Herzegowina überstimmen zu können. Bereits hier wird ein Charakteristikum der künftigen Politik Miloševićs sichtbar: Im Gegensatz etwa zu Franjo Tuđman, der wegen nationalistischer Agitation bereits in den siebziger Jahren im Gefängnis gesessen hatte, hatte der neue Machthaber in Belgrad nie mit nationalistischem Gedankengut sympathisiert. Erst als sich ihm 1987 die Chance bot, die Macht zu ergreifen, verabschiedete er sich von der *bratstvo i jedinstvo*-Rhetorik und benutzte das Mobilisierungspotenzial der Kosovofrage. Vorerst hatte er damit sein Ziel erreicht.

Krieg als Mittel zum Machterhalt

Zwei Entwicklungen der folgenden Jahre brachten Milošević dazu, seine Politik der Hegemonie innerhalb des jugoslawischen Gesamtstaates aufzugeben und sich ein neues Programm zu eigen zu machen. Bei den ersten freien Wahlen in Slowenien und Kroatien im April 1990 waren Parteien an die Macht gelangt, die sich die Unabhängigkeit ihrer Teilrepubliken auf die Fahnen geschrieben hatten. Der Zerfall des Gesamtstaates war somit absehbar geworden. Doch auch in Serbien veränderte sich die Lage zu Miloševićs Ungunsten. Auch in Serbien formierten sich ab 1990 Oppositionsparteien. Zwar waren Staatsorgane und Medien unter der strikten Kontrolle Miloševićs, was wesentlich zu dessen Sieg bei der Präsidenten- und Parlamentswahl am 9. Dezember 1990 beitrug. Angesichts akuter wirtschaftlicher Probleme sank allerdings seine Popu-

larität langsam, insbesondere bei den Studenten. Am 9. März 1991 kam es bei gemeinsamen Massenprotesten der Opposition gegen die Kontrolle der staatlichen Medien durch das Regime zu schweren Ausschreitungen. Armee und Panzer wurden gegen die Demonstranten eingesetzt; die Bilanz: zwei Tote und zahlreiche Verletzte.

Milošević erkannte, dass er ein neues Projekt benötigte, um die Massen zu mobilisieren und setzte erneut auf die nationalistische Karte. Er unterstützte radikale Elemente unter den Serben in Kroatien sowie Bosnien und Herzegowina und half bei deren Bewaffnung. In den regimetreuen Medien wurde die bereits existierende nationalistische Stimmung weiter aufgeheizt, selbst die Musik wurde zum Propagandainstrument. Der so genannte „Turbofolk“ – eine Mischung traditioneller melodischer Elemente mit elektronischer Musik und oft radikal-großserbischer Botschaft – kam groß in Mode.

Gewaltanthropologische Studien über zahlreiche Konflikte haben gezeigt, dass die effektivste Methode, Menschen zu Gewalttaten zu bewegen, nicht etwa die Aussicht auf Reichtum oder Gebietsgewinne ist, sondern die „Beseitigung vergangenen Unrechts“ und die Verhinderung von dessen Wiederholung. Dadurch wird Krieg zur „ethischen Notwendigkeit“ hochstilisiert, durch den erst wieder Gerechtigkeit geschaffen werden kann, und moralische Hemmungen der Kämpfe werden leichter überwunden. Es wurden Ängste geschürt, dass die Unabhängigkeit Kroatiens zu einer Wiederholung der Ustaša-Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs an der serbischen Zivilbevölkerung führen würde. Im darauf folgenden Konflikt in Bosnien und Herzegowina wurden in der serbischen Propaganda geschickt historische Feindbilder („Türken“, „Janitscharen“, „bajlije“ etc. als Kollektivbezeichnung für Muslime) mit aktuelleren Bedrohungsszenarien (islamischer Fundamentalismus) verwoben, um den Kampf gegen die bosnisch-herzegowinischen Muslime als Fortsetzung der seit Generationen heroisierten Kriege gegen die Osmanen im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts darzustellen.¹

¹ Zur politischen Symbolik und Bildersprache während des Kriegs existieren zwei höchst informative Abhandlungen des Belgrader Ethnologen Ivan Čolović: „Politi-

Wie rasch das Regime bereit war, „geheiligte“ nationale Grundsätze zum Zwecke des Machterhalts aufzugeben, zeigte sich ab 1993, als sich die Wirtschaftslage in Serbien aufgrund der UN-Sanktionen dramatisch verschlechterte und die Landeswährung Dinar de facto zusammenbrach. Zum wichtigsten Ziel der Politik Belgrads wurde die Aufhebung der Wirtschaftsblockade, die immer stärker die Machtbasis Miloševićs zu untergraben drohte. Als Kroatien im Sommer 1995 innerhalb weniger Tage die autoproklamierte „Republik Serbische Krajina“ zurückeroberte, hätte Belgrad sehr wohl über die die nötigen Mittel verfügt, militärisch zu intervenieren, ebenso nur wenige Wochen später, als die NATO Stellungen der bosnischen Serben bombardierte und diese bedeutende Teile ihrer zuvor eroberten Gebiete wieder verloren. Wie auch vier Jahre später im Kosovokrieg hatte für das Milošević-Regime der Machterhalt jedoch Vorrang vor großserbischen Visionen.

1996/97: Das Regime wankt

Die Niederlage der Koalition von Miloševićs Sozialisten („Socialistička Partija Srbije“, SPS) und der von seiner Frau geführten „Jugoslawischen Vereinten Linken“ („Jugoslovenska Ujedinjena Levica“, JUL) bei den Kommunalwahlen 1996 und die sich über Monate hinziehenden Massenproteste in Städten wie Belgrad, Novi Sad oder Čačak zeigten die Schwäche der Belgrader Regierung. Zwar bewirkte die Aufhebung der UN-Sanktionen gegen Jugoslawien eine Besserung der Wirtschaftslage, doch hatte das Regime kein klares Programm mehr, mit dem es die Bevölkerung hätte mobilisieren und hinter sich scharen können. Die SPS hatte spätestens 1995 die Unterstützung der nationalistisch orientierten Wählerschaft verloren, die nunmehr die SRS („Srpska Radikalna Stranka“, „Radikale Partei Serbiens“) von Vojislav Šešelj als einzig glaubwürdige Wahrerin ihrer Interessen sah. Pro-westliche urbane Schichten identifizierten sich primär mit der liberal-bürgerlichen GSS („Građanski Savez Srbije“, „Bürgerunion Serbiens“) unter Vesna Pešić und der DS („Demokratska Stranka“, „Demokratische Partei“) Zoran Đinđićs. Die

ka simbola – Ogledi o političkoj antropologiji“, 2. Auflage, Belgrad 2000 und „Bordel ratnika – Folklor, politika i rat“, 3. Auflage, Belgrad 2000.

SPS konzentrierte sich somit auf ihre Kernwählerschichten unter der Arbeitern, der Landbevölkerung und den Pensionisten, wobei die „Schwesterpartei“ JUL mit einer Mischung aus marxistischer Rhetorik und national eingefärbter Globalisierungskritik den linken Rand abzudecken versuchte. Das Wahldebakel vom Spätherbst 1996 zeigte jedoch, dass dies zum dauerhaften Machterhalt des Regimes nicht reichen würde. Milošević benötigte ein neues Mittel, um die Massen zu mobilisieren.

Gezielte Eskalation auch auf albanischer Seite

Das Jahr 1995 bedeutete auch für die Kosovo-Albaner einen Wendepunkt. Über Jahre hinweg hatte Ibrahim Rugova durch seine Reisediplomatie versucht, die Aufmerksamkeit insbesondere der einflussreichen westlichen Staaten auf die Lage der albanischen Mehrheitsbevölkerung in der südserbischen Provinz aufmerksam zu machen – mit äußerst mäßigem Erfolg. Die Verhandlungen von Dayton, die schließlich in einen Friedensvertrag für Bosnien und Herzegowina mündeten, gestalteten sich so schwierig, dass an eine umfassende Lösung, die auch die Kosovofrage eingeschlossen hätte, gar nicht erst zu denken war. Die Strategie von Rugovas LDK („Lidhja Demokratike e Kosovës“, „Demokratische Liga des Kosovo“), sich kompromisslos für die Unabhängigkeit Kosovos von Serbien einzusetzen, dabei aber auf den Einsatz von Gewalt zu verzichten, war in den Augen eines stetig wachsenden Teils der kosovo-albanischen Bevölkerung gescheitert. Von 1996 an häuften sich Bombenanschläge, Morde an serbischen Sicherheitskräften im Kosovo sowie an albanischen „Kollaborateuren“. Im Verlauf des Jahres 1997 verlor der serbische Machtapparat langsam die Kontrolle über Teile der Provinz. Insbesondere die Region Drenica wurde zu einer *no-go-area* für die Polizei.

Alle Zeichen standen auf Sturm. Die ab 1997 auch in der Öffentlichkeit auftretende „Befreiungsarmee des Kosovo“ („Ushtria Çlirimtare e Kosovës“, UÇK) erhielt immer stärkeren Zulauf und eskalierte den Konflikt systematisch. Die Anführer der UÇK waren sich sehr wohl darüber bewusst, dass sie allein nicht in der Lage waren, die übermächtige Polizei-

und Militärmaschinerie Serbiens zu besiegen. Ihr Ziel war die Internationalisierung des Konflikts, um ähnlich wie in Bosnien und Herzegowina ein Eingreifen der NATO zu bewirken. Die Frontlinien verliefen aber keineswegs ausschließlich entlang ethnischer Grenzen. Die Aktionen der UÇK waren auch Teil eines inneralbanischen Machtkampfes. Ebenso wie Milošević die serbische Bevölkerung durch das Schüren von Antagonismen hinter sich zu vereinigen verstand, gelang es der UÇK, durch eine gezielte Eskalation des Konflikts zum bestimmenden Faktor unter den Kosovo-Albanern zu werden. Die steigenden Opferzahlen radikalisierten die Stimmung in der Bevölkerung. Die Linie des friedlichen Widerstands, die die LDK verfolgt hatte, verlor immer stärker an Zustimmung, während an der UÇK national und international kein Weg mehr vorbeiführte. Die LDK konnte ihrer schrittweisen Entmachtung nur hilflos zusehen, was sich auch in der über Monate hinweg aufrechten Behauptung ihrer Führung widerspiegelte, die UÇK sei lediglich ein Produkt serbischer Propaganda. An der Wahlurne war die LDK nicht zu besiegen gewesen, durch die bewusste gewaltsame Eskalation des Konflikts gelang es der UÇK innerhalb weniger Monate, zum wichtigsten Machtfaktor unter den Kosovo-Albanern aufzusteigen. Die Ernennung Hashim Thaçis zum Verhandlungsführer der albanischen Delegation in Rambouillet war aus dieser Sicht nur folgerichtig.

Das Scheitern des Rambouillet-Prozesses

Im Nachhinein betrachtet waren die internationalen Vermittlungsbemühungen 1998 und Anfang 1999 von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Weder die serbische, noch die kosovarische Führung hatte zu diesem Zeitpunkt ein Interesse an einer Deeskalation der Lage.

Dem Milošević-Regime gelang es nach der schweren Krise von 1996/97 erneut, durch die Instrumentalisierung der Kosovofrage einen großen Teil der Bevölkerung hinter sich zu scharen. Am 23. April 1998 wurde ein Referendum über die Einbeziehung internationaler Vermittler in den Konfliktlösungsprozess abgehalten. Die Wahlbeteiligung betrug laut offiziellen Angaben 73%, von denen wiederum 95% der Wahlempfah-

lung der Regierung folgten und mit Nein stimmten.² Somit unterstützte auch ein bedeutender Teil derjenigen Wähler, die bei den Parlaments- und Lokalwahlen ihre Stimme noch der Opposition gegeben hatten, in der Kosovofrage den Kurs Miloševićs. Bereits wenige Monate später musste Belgrad unter dem Druck der NATO sehr wohl internationale Vermittler akzeptieren, das Referendum hatte dem jugoslawischen Präsidenten innenpolitisch jedoch klar den Rücken gestärkt. An den Verhandlungen von Rambouillet nahm zwar eine serbische Delegation teil, ihr Verhandlungsmandat gestattete es jedoch nicht, über die Frage der militärischen Implementierung einer Kompromisslösung überhaupt zu diskutieren. Innerhalb der serbischen Führung zeichnete sich bereits im Herbst 1998 ein Sieg der Hardliner ab. Generalstabschef Momčilo Perišić wurde am 24. November durch Dragoljub Ojdanić ersetzt, der 2002 an das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag ausgeliefert wurde. Im serbischen Staatsfernsehen RTS wurde die Bevölkerung noch während der Verhandlungen von Rambouillet und Paris systematisch auf Krieg eingestellt. In mehrmals täglich ausgestrahlten patriotischen Musikvideos wurde die Armee Jugoslawiens (Vojska Jugoslavije, VJ) als starke, traditionsverbundene und ehrbare Stütze des serbischen Volkes dargestellt. Bilder von spielenden Kindern und jungen Müttern mit Babys wechselten sich mit Aufnahmen von Kampfbombern und marschierenden Armee-Einheiten ab. Zudem waren die Nachrichtensendungen voll mit Interviews von „zufällig ausgewählten“ Passanten, die einhellig erklärten, in einer Situation wie dieser müsse das serbische Volk vereint hinter seiner Führung stehen und dürfe den Forderungen des Westens nicht nachgeben. Doch auch auf albanischer Seite bestand keinerlei Bereitschaft, auf die Forderung nach Unabhängigkeit des Kosovo zu verzichten. Die Tageszeitung „Koha Ditore“ druckte bereits im Herbst 1998, als die NATO Belgrad erstmals konkret mit Luftangriffen drohte, wenn sich Belgrad weigern sollte, OSZE-Beobachter in das Kosovo zu lassen, eine Karikatur ab, die wenig an Deutlichkeit zu wünschen übrig ließ. In Abwandlung einer Werbung des Sportartikelkonzerns Nike war darin ein Kampfbomber mit dem Slogan „Just do it!“ abgebildet. Die nach wochenlangem Zögern doch noch erfolgte Unterzeichnung des Vertrags von Rambouillet durch die kosovarische Delegation im März 1999 war

² Vgl. Tageszeitung *Politika*, Ausgabe vom 25.04. 1998, Belgrad, S. 1-3.

in erster Linie ein taktisches Manöver. Nachdem bereits klar war, dass die serbische Seite den Friedensplan ablehnen würde, ging es nur noch darum, den Weg zu einer militärischen Intervention der NATO frei zu machen.

78 Tage Luftkrieg – Die NATO-Bombardements von März bis Juni 1999

Der 24. März 1999 markierte den Beginn der NATO-Luftangriffe gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Doch warum wagte das Milošević-Regime diesen ungleichen Waffengang? Die serbische Führung wusste, dass sie der militärischen Überlegenheit der NATO wenig entgegenzusetzen hatte. Die Strategie Belgrads³ lief darauf hinaus, so lange wie möglich durchzuhalten und darauf zu hoffen, dass die ohnehin nicht besonders stabile Einheitsfront der NATO mit der Zeit brüchig werden und die Allianz vor einem Bodenkrieg zurückschrecken würde. Inzwischen wurden durch die Vertreibung Hunderttausender Kosovo-Albaner vor Ort neue Fakten geschaffen. Zudem konnte die Anwesenheit so vieler Flüchtlinge auch die innenpolitische Stabilität Albaniens und Makedoniens in Gefahr bringen, die für die Kriegsführung der NATO eine unerlässliche Voraussetzung darstellte.

Doch gerade die durch die „ethnischen Säuberungen“ herbeigeführte humanitäre Katastrophe stärkte die Entschlossenheit auf Seiten des Nordatlantikpakts. Als die ersten Kriegswochen deutlich machten, dass die militärischen Kapazitäten der VJ durch Luftschläge nur in ungenügendem Ausmaß ausgeschaltet werden konnten, wurde die Liste der Angriffsziele erweitert. Durch die Zerstörung von Ö raffinerien, industriellen Großbetrieben und die Beschädigung zentraler Elemente der serbischen Infrastruktur wie Elektrizitätswerke und Brücken drohte Serbien schließlich ein wirtschaftlicher Kollaps, der auch das politische Überleben des Milošević-Regimes in Frage gestellt hätte. Wie bereits im Falle

³ Eine sehr informative Analyse des Kriegsverlaufs und der strategischen Hintergründe liefert „Winning ugly – NATO’s War to Save Kosovo“ von Ivo H. Daalder und Michael E. O’Hanlon, Brookings Institution Press, Washington 2000.

Kroatiens sowie Bosnien und Herzegowinas war Belgrad erst dann zum Einlenken bereit, als die Machtbasis der politischen Führung bedroht wurde.

Kosovo 1998/99 – Lektionen für die Konfliktprävention

Ein wesentlicher Grundsatz der Konfliktprävention ist, dass diese nur Erfolg haben kann, wenn auf beiden Seiten ein Interesse daran besteht, eine militärische Eskalation zu vermeiden. Genau dies war im Kosovo jedoch nicht der Fall. Wie weiter oben beschrieben, lebte das Milošević-Regime politisch von der Instrumentalisierung und der gezielten Eskalation nationaler Konflikte. Die Wahlniederlage des jugoslawischen Präsidenten vom 24. September 2000 und der darauf folgende Umsturz vom 5. Oktober im gleichen Jahr wurden zu einem nicht unwesentlichen Teil dadurch bedingt, dass die Regierung über keine Mobilisierungsstrategie mehr verfügte, die wie früher einen ausreichenden Teil der Bevölkerung hinter ihrer Führung vereint hätte.

Vor und während des Kosovokriegs verwob die Propagandamaschinerie des Regimes geschickt Elemente nationalistischer und sozialistischer Rhetorik und Bildersprache, um sowohl im rechten wie auch im linken Wählerspektrum zu punkten. Der Kampf um das Kosovo wurde vom Regime zur Fortsetzung der im kollektiven Bewusstsein längst zum Mythos gewordenen Aufstände und Befreiungskriege gegen das Osmanische Reich hochstilisiert. Die Luftangriffe der NATO wurden im Gegensatz dazu als Wiederholung des nationalsozialistischen Überfalls auf Jugoslawien im Jahr 1941 dargestellt. Im Staatsfernsehen war laufend von der „verbrecherischen Aggression der NATO-Faschisten“ die Rede und insbesondere in den ersten Kriegstagen wurden zahlreiche Partisanenfilme aus der Tito-Zeit ausgestrahlt.

Solch stark emotionalisierende, eingängige Botschaften fehlten dem Milošević-Regime im Wahlkampf des Jahres 2000. Die Wahlwerbung der SPS setzte zwar stark auf allgemeine patriotische Motive und versuchte, das Oppositionsbündnis DOS („Demokratska opozicija Srbije“, „Demo-

kratische Opposition Serbiens“) als Handlanger der NATO darzustellen, doch gelang es der Regierung nicht, den Eindruck zu vermitteln, man verfolge eine klare Vision für die Zukunft des Landes. Erstmals konnte sich Milošević nicht mehr als Garant dafür präsentieren, dass das Kosovo serbisch bleiben würde – ein Thema, mit dem er in der Vergangenheit schon so viele Wahlen gewonnen hatte. In den letzten Tagen vor dem Urnengang wurde in den vom Regime kontrollierten Fernsehkanälen zwar die Falschmeldung lanciert, eine Rückkehr jugoslawischer Truppen in das Kosovo stehe unmittelbar bevor. Der konservativ-nationalistische Präsidentschaftskandidat des Oppositionsbündnisses DOS, Vojislav Koštunica, verfügte jedoch über eine wesentlich größere Glaubwürdigkeit, wenn er auf Wahlveranstaltungen die „*kumanovska kapitulacija*“, die „Kapitulation von Kumanovo“ geißelte und Milošević für den Verlust des Kosovo verantwortlich machte.

Auf albanischer Seite war bereits Anfang der neunziger Jahre die politische Radikalisierung so weit fortgeschritten, dass die Forderung nach der Unabhängigkeit und die Ablehnung einer potenziellen Autonomielösung – wie umfassend diese auch gewesen wäre – de facto zum nationalen Konsens geworden waren. Auch wenn zwischen der LDK und der Führung der UÇK kaum zu überbrückende politische Gräben bestanden und ein heftiger Machtkampf tobte, war man sich in diesem Punkt einig. Hinzu kam, dass die UÇK ihre Legitimation durch die militärische Eskalation der Krise bezog. Im inneralbanischen Konflikt um Einfluss hatte sie kein Interesse an einer friedlichen Lösung der Kosovofrage, da sie dadurch wieder von der LDK ins politische Abseits gedrängt worden wäre, was bei den Wahlen unter UN-Verwaltung nach Kriegsende auch tatsächlich eintrat. Erst der bewaffnete Kampf hatte das Kosovo weltpolitisch auf die Tagesordnung gebracht und die Internationalisierung des Konflikts hatte die albanische Seite – und hier besonders die UÇK – gestärkt.

War der Krieg um das Kosovo also vorprogrammiert? War eine friedliche Lösung der Krise von Anfang an unmöglich? Welche Lehren kann die vergleichende Konfliktforschung aus der Tragödie rund um die südserbische Provinz ziehen? Das Scheitern des Rambouillet-Prozesses ist keinesfalls dem Verhandlertrio aus den USA, der EU und Russland an-

zulasten. Die einzelnen Phasen des Verhandlungsprozesses sind mittlerweile wissenschaftlich gut dokumentiert und die jeweiligen Kompromisspapiere der Öffentlichkeit zugänglich.⁴ Daraus wird ersichtlich, dass alles Menschenmögliche unternommen wurde, um eine ausgewogene Konfliktlösungsformel zu finden. Das Kernproblem war der Zeitpunkt. Eine den gesamten jugoslawischen Kontext umfassende Konfliktbewältigungsstrategie hätte wesentlich früher einsetzen müssen – am besten Anfang oder Mitte der achtziger Jahre, als die Kosovofrage zwar bereits zum Spielball nationalistischer Agitatoren auf beiden Seiten geworden war, diese aber zumindest noch nicht an den Schalthebeln der Macht saßen.

Dass dies nicht geschah, hat eine Vielzahl von Gründen. Zum damaligen Zeitpunkt waren sich die wenigsten internationalen Akteure der Sprengkraft der internen Konflikte Jugoslawiens bewusst. Zudem fehlten gegen Ende des Kalten Krieges noch die politischen und institutionellen Rahmenbedingungen für ein effektives internationales Krisenmanagement. Nach der Machtergreifung durch Milošević wäre eine friedliche Lösung extrem schwierig, wenn nicht gar unmöglich gewesen, da dieser aus machtpolitischen Überlegungen wenig Interesse an einer Entschärfung oder gar Lösung der Kosovofrage hatte. Die Herausbildung einer neuen politischen Elite der Kosovo-Albaner infolge der serbischen Repression, deren Legitimation auf dem Streben nach Sezession von Serbien aufbaute, verkomplizierte die Sachlage weiter. Mit der Formierung der UÇK und dem Beginn des bewaffneten Widerstandes gegen den serbischen Unterdrückungsapparat standen die Zeichen endgültig auf Krieg.

Nicht zuletzt unter dem Eindruck der jugoslawischen Tragödie wurden insbesondere auf europäischer Ebene neue Strukturen der Konfliktprävention und Frühwarnsysteme geschaffen, um weitere Eskalationen bis hin zu militärischen Auseinandersetzungen zu vermeiden. Das Beispiel Mazedoniens zeigt – bei allen dort nach wie vor existierenden Problemen –, wie wichtig eine frühe und umfassende Konfliktlösungsstrategie

⁴ Beispielsweise in: Wolfgang Petritsch, Robert Pichler, mit einem Beitrag von Martin Prochazka: *„Kosovo – Kosova – Der lange Weg zum Frieden“*, 3. Auflage, Klagenfurt 2005.

ist, die auch demokratiepolitische und wirtschaftliche Fragen beinhaltet und den Konfliktparteien eine gemeinsame Zukunftsvision, etwa im Rahmen der europäischen Integration, anbietet. Nach Krieg, Massakern und Vertreibungen sind die Gräben zwischen Serben und Albanern im Kosovo tiefer denn je, doch bedarf es genau der oben erwähnten Strategien, um zumindest langfristig ein Zusammenleben zwischen den Volksgruppen wieder zu ermöglichen.

